Einzelpreis 30 Pfg. · 4. Jahrgang

Donnerstag, 6. Oktober 1921

Nummer 468 · Abend-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint täglich morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus und durch die Post bezogen M. 12.—, im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen Amtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland, Danzig, das Saar- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Luxemburg M. 23.—, für das übrige Ausland M. 30.—.

Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9

Die neungespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 6.— M. einschließlich Inseratensteuer. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Inseratensteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,75 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M.

Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Eine sozialistische Regierung in Thüringen

Die Front gegen rechts gesichert

Drahtmeldung unseres Korrespondenten.

Gera, 6. Oktober.

Das sozialistische Thüringen hat die erste Antwort auf den rechtssozialistischen Parteitagsbeschluß in Görlitz gegeben. Die sozialistische Regierung ist endgültig gesichert, trotz mancherlei Quertreibereien, die namentlich von dem rechtssozialistischen Abgeordneten Hofmann-Saalfeld ausgingen.

Am Mittwoch fand im Volkshaus in Weimar eine Sitzung sämtlicher Abgeordneten der drei sozialistischen Parteien statt, um über die Bildung der Regierung zu beraten. Von Anfang bis Ende waren die Verhandlungen getragen von dem Gedanken, unter allen Umständen eine sozialistische Regierung zu schaffen. Grundlage der Verhandlungen bildete das Minimalprogramm der U. S. P. D. Im Namen der Rechtssozialisten gab der Abg. Leber die Erklärung ab, daß seine Partei dieses Minimalprogramm im großen und ganzen annehme. Ihm folgte der Abg. Tenner (Komm.) mit der Erklärung, daß auch seine Partei die Bildung einer sozialistischen Regierung wünsche. Diese Erklärung ging den Rechtssozialisten nicht weit genug. Sie verlangten auch eine Beteiligung der Kommunisten an der Regierung. Ihnen antwortete Könen (Zentrale der K. P. D.), daß sich die Kommunisten an einer Regierung nicht beteiligen, da für sie nur eine Räterepublik in Frage käme.

Daraufhin verlangten die Rechtssozialisten von den Kommunisten Garantien in bezug auf ihre Stellung zu Steuerfragen und zum Etat. Remmele (Zentrale der K. P. D.) versicherte, seine Partei werde einer sozialistischen Regierung die Mittel bewilligen, aber nur solange, als deren Gesamtpolitik proletarische Interessen nicht verletze, wie sie auch die sozialistische Regierung im Kampfe gegen die herrschenden Klassen unterstützen werde. Die Frage der Grundsteuer, die von den Rechtssozialisten angeschnitten war, sei durch ihre (der Kommunisten) Erklärung zu der Steuerfrage im allgemeinen erledigt. Und Tenner (Komm.) fügte hinzu, seine Partei werde gegen eine sozialistische Regierung keine kleinliche Politik betreiben. Aber sie verlange, daß das Minimalprogramm der U. S. P. D. nicht nur die Grundlage für die Regierungspolitik sein soll, sondern daß auch für seine Durchführung gesorgt wird.

Namens der U. S. P. D. bezeichnete der Abg. **Hermann** die Erklärungen der Kommunisten für seine Partei als hinreichend, und die Rechtssozialisten schlossen sich dem an.

Damit war eine Verständigung erzielt und die neue sozialistische Regierung in Thüringen gesichert.

Unnütze Briefschreiberei!

Zu den Rückfragen des Zentrums und der Demokraten schreibt der „Vorwärts":

„Niemand wird erwarten, daß diese Briefschreiberei noch zu einem positiven Ergebnis führt. Die Scherzfrage der Demokraten nach der unabhängigen Räterepublik ist zwar sehr neckisch, führt aber vom Verhandlungsgegenstand weit ab. Sie dient ebenso wie die gleichartige Frage beider Parteien nach der Geneigtheit der U. S. P. D., sich mit der Volkspartei zu koalieren, nur dem Zweck, in höflicher Form zu verstehen zu geben, daß wohl die Verbreiterung nach rechts gewünscht werde, aber nicht die nach links. Damit wird auch klar, daß der Beschluß der Demokraten vom 13. September, der eine Koalition auch mit den Unabhängigen in den Bereich des Möglichen rückte, eine leere Geste war. Unter diesen Umständen ist nicht abzusehen, wie zwischen der Sozialdemokratie und den bürgerlichen Parteien eine Einigung über die Verbreiterung der Koalition erzielt werden soll.

Das klingt wie eine Absage der Rechtssozialisten an die Deutsche Volkspartei und an den Plan, durch Einbeziehung der Deutschen Volkspartei die Regierungsbasis nach rechts hin zu verbreitern. Andererseits erklärt das offizielle Organ der Deutschen Volkspartei zu allem Ueberfluß noch einmal, daß für diese Partei ein Zusammengehen mit der U. S. P. unter allen Umständen ausgeschlossen sei.

Die Ringmannen

Dämmernde Erkenntnis

Das Treiben der bewaffneten monarchistischen Geheimorganisationen interessiert jetzt auch die bürgerliche Presse ein wenig. Bisher wurde der Kampf gegen sie ausschließlich von der sozialistischen Presse, anfangs sogar nur von uns geführt. „Das Material mehrt sich, und die Konturen einer Geheimorganisation werden an mehreren Stellen derart sichtbar, daß über dem inneren Zusammenhang der Teilbünde kaum mehr ein Zweifel besteht."

Diesen Satz lesen wir im Leitartikel des Abendblattes der „Frankfurter Zeitung" vom Mittwoch. Heute sei es daher nicht mehr gestattet zu schweigen, erklärt das demokratische Blatt. In knappen Zügen stellt der Artikel die Geschichte dieser bewaffneten Geheimorganisationen dar, die unseren Lesern bekannt ist. Nicht erst jetzt, sondern schon bei der Bildung und bei den ersten Taten des oberschlesischen Selbstschutzes haben wir das reaktionär-putschistische Wesen dieser Zusammenrottung von stellungslosen Landsknechten gekennzeichnet. Auch die Zusammenhänge zwischen dem Erzberger-Mord und dem Treiben der bewaffneten Rechtsputschisten haben wir aufgezeigt, bevor die Enthüllungen der „Münchener Post" und die Mitteilungen des badischen Staatspräsidenten, an die jetzt die „Frankfurter Zeitung" anknüpft, bekannt wurden. Dennoch nehmen wir mit Interesse Notiz von den Ausführungen eines bürgerlichen Blattes, und wir erwarten mit Spannung das Echo, das dieser Artikel in der übrigen angeblich demokratischen Presse finden wird. Wir wollen jedenfalls mit der weiteren Verbreitung der wertvollen Ausführungen sofort beginnen.

In Berlin, schreibt das Blatt, führt die bewaffnete Truppe der nationalistischen Putschbewegung den Namen „Bund der Ringmannen". Ueber diese Organisation schreibt die „Frankfurter Zeitung":

„Was sind ihre Ziele? Sie entsprechen genau den deutschvölkischen: Bekämpfung der Weimarer Verfassung, alles „Anti- und Internationalen, des Judentums, der Sozialdemokratie und der linksradikalen Parteien". Das Besondere des Bundes besteht natürlich nicht in diesen Zielen, die viele verfolgen und zur Geheimbündelei keinen Anlaß böten, sondern darin, daß der Bund sie nicht propagandistisch, sondern **mit den Mitteln der Gewalt zu verwirklichen** strebt. Nach den Mitteilungen des badischen Staatspräsidenten will der Geheimbund „entschlossene nationale Männer" u. a. zu dem Zwecke sammeln, eine „nationale Regierung einzusetzen". Das Recht der Regierungseinsetzung soll also vom Parlament auf die im Geheimbund vereinigten „entschlossenen Männer" übergehen. **Zu diesem Zweck behält der Geheimbund seine Waffen.** . .

Der Geheimbund schützt seine eigene Geschlossenheit durch gewaltsame Mittel. Nach den Mitteilungen des badischen Staatspräsidenten „verfallen Verräter der Feme". Im Verpflichtungsschein der Münchener Reichsfahne Oberland unterschreibt jeder Eintretende den Satz: „Verräter und Wortbrüchige verfallen der Feme". Zur Kompetenz der historischen Femgerichte gehörten nur die todeswürdigen Verbrechen; wenn man das Wort heute anwendet, ist man daher zum **Morde entschlossen.** Hat sich diese Entschlossenheit noch nie praktisch bewährt? Vor vier Monaten wurde in der Kaserne der „Hundertschaft zur besonderen Verwendung" in Charlottenburg der ihr angehörige Oberwachtmeister Buchholz tot aufgefunden. **Es steht nun fest, daß er innerhalb der Kasernenmauern einem Mord zum Opfer gefallen ist.** Die Leitung der Hundertschaft hat es für ihre Pflicht gehalten, bisher von einem Selbstmord zu sprechen; der Befund der Sachverständigen hat demgegenüber die gewaltsame Tötung durch Dritte bestätigt. In der nunmehr aufgelösten (?) Hundertschaft war der „Bund der Ringmannen" stark vertreten. Nach den Mitteilungen sozialdemokratischer Zeitungen war der Ermordete willens gewesen, von seiner Kenntnis der Geheimnisse der Hundertschaft der Oeffentlichkeit gegenüber nicht länger zu schweigen. Nach dem Gedankengang der Geheimbundverpflichtung war er also auf dem Wege zum „Verräter" zu werden, als ihn der gewaltsame Tod erreichte. Bestätigt sich aber diese Entschlossenheit zum Morde nur innerhalb der Gemeinschaft, die sich zu solchem Mord durchgerungen hat? Der badische Staatspräsident hat mitgeteilt, daß Embergers Mörder einer Abteilung der Geheimorganisation angehörten, die als die Leitung bezeichnet werde. Gerüchte dringen durch, wonach der Geheimbund „Jagdkommandos" unterhalten soll, um die **Feinde der „nationalen Sache" zu beseitigen."**

Diesem sachlichen Nachweis für das Bestehen und dieser Charakterisierung der Zwecke dieser Verbände fügt die „Frankfurter Zeitung" hinzu:

„Eines steht jedenfalls fest: **wir haben es mit einer geheimen Organisation von nicht unbedeutendem Umfang,** von militärisch straffer Zucht, von rücksichtsloser Entschlossenheit und völliger **Unabhängigkeit von jeder moralischen Hemmung** zu tun. Die Organisation stellt eine der ernstesten Gefahren für die innere Ruhe Deutschlands dar. Alle Freunde der öffentlichen Ordnung werden sich vereinigen müssen, um diesen verwegenen Gesellen das Handwerk zu legen. Was ist zu tun?"

Was ist zu tun? Es würde nicht genügen, meint das Blatt, wenn man sich darauf beschränken wollte, die Staatsgewalt zur energischsten Bekämpfung des Bundes aufzufordern. Die deutschen Polizeibehörden müßten allerdings den „zum Verfassungsschutz und zum Mord bereiten Bund" bis in seine letzten Schlupfwinkel verfolgen

Schon!

Steckbriefe gegen die Kappverbrecher

Leipzig, 6. Oktober.

Der Oberreichsanwalt erläßt einen Steckbrief wegen Hochverrats gegen den Generallandschaftsdirektor Kapp aus Königsberg, den Major a. D. Pabst, den Oberst a. D. Bauer, den Arzt und Volkswirtschaftler G. W. Schiele aus Naumburg a. Saale, den Schriftsteller Karl Schnitzler, den Schriftsteller Trebitsch-Lincoln, den General der Infanterie a. D. Freiherrn v. Lüttwitz und den Korvettenkapitän Ehrhardt.

Die Reichsregierung hat eine Belohnung bis zu 50000 Mark für den ausgesetzt, der zur Aufklärung des Sachverhaltes oder zur Ergreifung eines der flüchtigen Angeschuldigten beiträgt.

Man weiß nicht, was man mehr bewundern soll: die Gründlichkeit oder die Geduld des Oberreichsanwalts, der 1½ Jahre brauchte, bis er sich zu dieser Maßnahme aufschwang. Den Herrschaften, die inzwischen reichlich Zeit gefunden haben, sich zu sichern, dürfte sie kaum etwas schaden. Wer aber jetzt immer noch das Bestehen einer Klassenjustiz feststellt, bezeigt angesichts dieser Tatsache nur seine Böswilligkeit, die Unabhängigkeit und die Unparteilichkeit der deutschen Rechtsprechung anzuerkennen.

Schluß der Völkerbundstagung

Genf, 5. Oktober.

Die zweite Tagung der Völkerbundsversammlung war heute abend um 6 Uhr zu Ende, nachdem sie genau einen Monat gedauert hatte. Der Präsident der Versammlung, Jonkherr Dr. van Karnebeek, holländischer Minister des Aeußeren, hielt unter lautloser Stille vor vollbesetztem Hause in französischer Sprache die Schlußrede. In großen Zügen entwarf er ein Bild der vollbrachten Arbeit. Zweifellos würden diejenigen enttäuscht sein, die ein Wunder erwarteten, aber die besten Absichten müßten sich vor der Wirklichkeit beugen und vor den Hindernissen, die die Völker selbst schaffen. Nichtsdestoweniger müsse zugegeben werden, **daß der Gedanke der internationalen Vereinigung und Zusammenarbeit, gleichviel wie seine gegenwärtige konkrete Form sei, ein endgültiges Gut der Menschheit geworden, daß der Völkerbundsgedanke konsolidiert und daß fruchtbare Arbeit geleistet worden sein.**

Zum Schluß betonte Herr van Karnebeek, daß das wesentlichste Ergebnis aber der Geist sei, der die Arbeiten beherrschte, die Imponderabilien, die den Glauben in die Zukunft des Völkerbundes rechtfertigen. Diese Botschaft möge der treue Gefährte des Völkerbundes, die Presse, in die Welt hinaustragen. Die Versammlung, die wiederholt die Rede mit Beifallskundgebungen unterbrochen hatte, brach in ein minutenlanges Händeklatschen aus. Die Delegierten im Saal und die Besucher auf den Tribünen erhoben sich von ihren Plätzen und bereiteten Herrn van Karnebeek stürmische Ovationen. Hierauf erklärte der Präsident die zweite Tagung der Völkerbundsversammlung für geschlossen.

Schweres Eisenbahnunglück in Paris

TU. Paris 6. Oktober.

Eine furchtbare Eisenbahnkatastrophe hat sich gestern abend um 6 Uhr 15 Minuten in Paris in der Nähe des Bahnhofes Saint Lazare ereignet. Ein Personenzug nach Puteau ist in dem Tunnel Batignolles in nächster Nähe des Bahnhofes mit einem anderen Zuge zusammengestoßen. Infolge der Heftigkeit des Zusammenstoßes sind die Gasbehälter in den ersten Wagen des Zuges explodiert. Das Feuer breitete sich mit großer Schnelligkeit aus, und um 6 Uhr 20 Minuten stand die Hälfte des Zuges in Flammen und die Lokomotive explodierte. Von 21 Wagen sind 16 völlig verbrannt. Unter den Passagieren war eine Panik ausgebrochen; sie versuchten aus dem Zuge herauszuspringen und zu flüchten. Bisher ist bekannt, daß vier Reisende umgekommen sind. Ein kleiner Knabe ist vor den Augen seiner Eltern verbrannt. Die Zahl der Verwundeten wird auf 50 geschätzt. 20 Schwerverwundete sind bereits in das Hospital eingeliefert worden. Der Minister für öffentliche Bauten, der gestern abend von seiner Rheinreise nach Paris zurückkehrte, begab sich sofort nach seiner Ankunft an die Unglücksstätte. Infolge der großen Hitze, die die in Flammen stehenden Wagen entwickeln, ist es unmöglich, sich ihnen zu nähern.

Bis jetzt 16 Tote

Paris 6. Oktober.

Bei dem Eisenbahnunglück im Tunnel von Batignolles in unmittelbarer Nähe des Bahnhofs St. Lazare wurden bis 2 Uhr morgens 16 Tote gezählt. Die meisten Leichen sind infolge Verbrennung nicht mehr erkennbar.

Die Arbeitslosigkeit in England

London, 5. Oktober.

Die Mitglieder des neu gebildeten Generalrates, etwa 30 an der Zahl, hatten heute eine ½stündige Unterredung mit Lloyd George über die Arbeitslosenfrage. Unter anderen nahmen daran teil Clynes, Smillie und Gosling. Lloyd George schlug vor, daß eine Zahl von Arbeitervertretern mit ihm und seinen Kollegen über praktische Maßnahmen gegen die äußerste nationale Notlage beraten sollen. Wie verlautet, will der Generalrat der Arbeiterschaft Lloyd George bestimmte Vorschläge zur Behebung der Arbeitslosigkeit unterbreiten.

und die Geldquellen zu verstopfen suchen, aus denen die Organisation gespeist wird. Aber alles das genüge, wie schon erwähnt, nicht und darum fügt die „Frankfurter Zeitung" ihrer Forderung an die Regierung und an die Polizei einen sittlichen Appell an die „nach rechts drängenden Geister" hinzu. Sie hätten die Jugend, deren Grundstimmung in den Geheimbünden ihre extreme Ausprägung fände, falsch geführt. Das Blatt fordert Selbstbesinnung von den Verführern der Jugend. Hinter der Deutschnationalen Partei fänden die Geheimbünde den Schutz, in dem sie sich ungestört entfalten können.

Das ist gewiß richtig. Aber es darf auch nicht übersehen werden, daß die Geheimbünde einen nicht weniger starken Schutz durch die Deutsche Volkspartei finden. Die „Frankfurter Zeitung" spricht von den Geldquellen für den Betrieb der Rechtsputschisten. Ist ihr nicht bekannt, daß insbesondere den bayrischen Orgeschverbänden reiche Geldmittel aus den Kreisen des organisierten Unternehmertums zugeflossen sind? Und ist nicht die Deutsche Volkspartei die politische Repräsentantin dieser industriellen Kreise, die an reaktionärem Wahnsinn das Altpreußentum und die ostelbischen Agrarier fast noch überbieten?

Die „Frankfurter Zeitung" tritt aber gleichfalls für eine Verbreiterung der gegenwärtigen Regierungskoalitionen im Reiche und in Preußen nach rechts ein. Auch sie wünscht, daß die Deutsche Volkspartei Einfluß erhalte auf die Führung der Regierungsgeschäfte. Kann man von einer Regierung, die unter dem Einfluß einer mit den Geheimbünden verbrüderten Partei steht, im Ernst erwarten, daß sie jene polizeilichen Maßnahmen gegen das gefährliche Treiben des bewaffneten Banditentums durchführt, die auch die „Frankfurter Zeitung" wünscht?

Der sittliche Appell wird nicht ziehen. Ein scharfes Vorgehen der Polizei und der Justiz werden die einzigen Abwehrmittel gegen die monarchistische Gefahr bleiben. Die Voraussetzung für die glückliche Durchführung solcher Maßnahmen aber ist die Demokratisierung der Verwaltung und die Säuberung der Justiz und der Polizei von reaktionären Elementen. Die Deutsche Volkspartei aber will in die Regierung hinein, um beides zu verhindern.

Unsere Fraktion hat in ihrem Entwurf zu einem Gesetz zum Schutze der Republik die Wege angedeutet, die zur Beschwörung der monarchistischen Gefahr begangen werden müssen. Solche Wege kann und wird aber nur eine linksorientierte Regierung gehen. Wer denen um Stresemann den Zutritt zur Regierungsmacht verschaffen will, der verpaßt alle Möglichkeiten eines Kampfes gegen das politische Mordbrennertum. Und alle entrüsteten Artikel über dieses brennend aktuelle Thema werden zu leeren Deklamationen, wenn der Wille zur Bildung einer zum Kampf nach rechts mit allen Mitteln entschlossenen Regierung fehlt.

Deutschvölkische Schwindeleien

Lügen haben kurze Beine

Im Januar dieses Jahres hatte der antisemitische „Völkische Beobachter" in München eine Notiz gebracht, wonach in einer Aufsichtsratssitzung der Verlagsgenossenschaft „Der Kampf" (der Münchener Parteiverlag der USP.) die aufsehenerregende Mitteilung gemacht worden sei, daß die Kaufhäuser Tietz, Oberpollinger und Uhlfelder sich zu einer bedeutenden finanziellen Unterstützung des Verlages „Der Kampf" bereit erklärt hätten, und daß dieses Anerbieten angenommen worden sei. An diese „Enthüllungen waren Bemerkungen geknüpft, daß die Arbeiter daraus ersehen könnten, wie sie durch ihre Führer an das jüdische Großkapital verkauft würden.

Der Verlag verklagte den „Völkischen Beobachter" hierauf wegen verleumderischer Beleidigung, weil ihm in dieser Notiz der Vorwurf der Gesinnungslosigkeit gemacht worden sei. Im Verhandlungstermin am 3. Oktober versuchte der Vertreter des Beklagten, Justizrat Zeschwitz, ein bekannter Antisemit, gar nicht den Wahrheitsbeweis zu erbringen. Er zog sich vielmehr auf die Ausrede zurück, daß die Notiz aus einem anderen Blatt abgedruckt worden sei und daß der Einfluß des Kapitals auf die Presse durch Inserate bekämpft werden müsse. Der „Völkische Beobachter" wurde schließlich zu 200 Mark Geldstrafe verurteilt wegen verleumderischer Beleidigung, weil mit der Notiz dem Kläger der schwere Vorwurf der Gesinnungslosigkeit gemacht worden sei.

Wie nach dem Kapp-Putsch

Als bei dem Kapp-Putsch die Arbeiter sich zum Schutz der Republik erhoben, da hatten unsere Klassenrichter nichts Dringenderes zu tun, als gegen die Arbeiter, die bei der Abwehr des Hochverrats angeblich zu weit gegangen waren, mit den schwersten strafrechtlichen Mitteln vorzugehen, während die Hochverräter ungeschoren blieben und sich noch heute ausnahmslos der Freiheit erfreuen. Genau derselbe Vorgang scheint sich jetzt abzuspielen, nachdem die Arbeiter nach Ermordung Erzbergers die Republik gegen das deutschnationale Mördertum schützten. Für die antirepublikanische Geistesverfassung unserer Richter und Staatsanwälte ist folgender Vorgang äußerst bezeichnend:

Am Tage nach der Ermordung Erzbergers veranstalteten die Deutschnationalen in Oranienburg eine Tannenbergfeier. Der Aufzug war so demonstrativ wie möglich. Voran die Offiziere in Uniform mit gezogenem Säbel. Die Arbeiter, die mit Recht über diese Demonstration auf das äußerste erbittert waren, griffen zur Selbsthilfe und sprengten die gegenrevolutionäre Veranstaltung. Am 3. Oktober sind nun wegen dieses mehr als 5 Wochen zurückliegenden Vorkommnisses 6 Arbeiter, die den verschiedenen Parteirichtungen angehören, auf Grund eines Haftbefehls des Landgerichts III Berlin verhaftet worden, trotzdem der derzeitige Polizeichef von Oranienburg, Ferka, sich bemühte, durch persönliche Verhandlungen mit dem Untersuchungsrichter diese Maßnahme, durch welche die Arbeiterschaft Oranienburgs auf das äußerste erregt werden mußte, rückgängig zu machen. Die verhafteten Arbeiter haben sich an keinerlei Gewalttätigkeiten beteiligt, sondern sich sogar bemüht, die erregte Menge zu beschwichtigen. Alle Verhafteten sind unbestraft und Familienväter. Sie sind ausnahmslos erheblich kränker als der Führer der Kapp-Banditen v. Jagow, der sich der goldenen Freiheit erfreut trotz einer Straftat, die jeden Arbeiter auf Lebenszeit ins Zuchthaus bringen würde.

Der Verteidiger der verhafteten Arbeiter, Genosse Dr. Siegfried Weinberg, hat gegen die Haftbefehle Beschwerde erhoben. Wir verlangen, daß derselben umgehend stattgegeben wird. Das ganze Verfahren ist ein Beweis dafür, daß die Reaktion wieder Morgenluft wittert und glaubt, sich ungestraft derartige Provokationen erlauben zu dürfen.

Bürgerliche Musterwirtschaft

hat in Berlin dahin geführt, daß bei der Straßenbahn ein monatliches Defizit von 20 Mill. Mark entstand

Die sozialistische Mißwirtschaft

hat es fertig gebracht, in unablässiger fortschrittlicher Arbeit dieses Defizit zu beseitigen und einen Ueberschuß zu erzielen, so daß die Lohnerhöhungen ohne

Erhöhung des Straßenbahntarifes

getragen werden können. Wer auf allen Gebieten solche vorbildliche Gemeindearbeit getan wissen will, der wählt am 16. Oktober die Liste der

„Unabhängigen Sozialdemokratie"

Wie es gemacht werden muß!

Die Amtsentsetzung des Generalstaatsanwalts Schoen

Wie W. T. B. aus Hamburg meldet, hat die Bürgerschaft in namentlicher Abstimmung **mit 80 gegen 41 Stimmen ein Vertrauensvotum** für den Senat im Fall der Amtsentsetzung des Generalstaatsanwalts Schoen angenommen.

Diese Entscheidung der Hamburger Bürgerschaft ist zu begrüßen. Sie setzt der deutschnationalen Hetze, die sich seit der Amtsentsetzung des Generalstaatsanwalts Schoen austobte, ein Ziel. Die „Freiheit" hat seinerzeit über den Anlaß zu dieser Maßnahme des Hamburger Senats berichtet. Schoen hatte als Vertreter der Anklage gegen den verantwortlichen Redakteur des im Stil der Wulle-Blätter schreibenden deutschnational-antisemitischen Hetzblattes die „Hamburger Warte", das den Hamburger Polizeisenator schwer beleidigte, nur eine ganz lächerliche Geldstrafe beantragt, trotzdem ihm vom Senat aus nahegelegt wurde, eine empfindliche Freiheitsstrafe eintreten zu lassen. Die Hamburger Senatoren sind wirklich nicht des übermäßigen Radikalismus verdächtig. Es müssen also schon ganz haneböchene Leistungen vorgelegen haben, wenn sie eine exemplarische Bestrafung forderten.

Die deutschnationale Presse, allen voran die „Hamburger Nachrichten", haben aus dem Fall eine ungeheure Hetze gegen den Senat gemacht und sich als die Verfechter der reinen Gerechtigkeit aufgespielt. Der Generalstaatsanwalt habe deshalb keine Freiheitsstrafe eintreten lassen, um den Angeklagten nicht mit dem Makel ehrloser Gesinnung zu belasten, denn Freiheitsstrafe entehre. Gegen diese ebenso merkwürdige wie unsinnige Verkettung von Gefängnisstrafe und ehrloser Gesinnung wendet sich selbst ein bürgerliches Blatt wie die „Frankfurter Zeitung". Sie schreibt:

> Das ehrenwerte Hamburger Blatt spricht damit gegen alle Redakteure, die wegen Preßbeleidigung zu Freiheitsstrafen verurteilt worden sind, den Vorwurf der ehrlosen Gesinnung aus. Es sind wahrhaftig nicht die schlechtesten Vertreter der deutschen Presse gewesen, die in früheren politisch bewegten Zeiten — man denke nur an die Zeit der Bismarckschen Strafanträge — die Erfüllung ihres Berufs mit Freiheitsstrafen haben büßen müssen. Ein Staatsanwalt, der gewagt hätte, sie deshalb einer ehrlosen Gesinnung zu zeihen, hätte damit den Protest der gesamten Presse herausgefordert. Dem Hamburger Blatt der Rechten ist es vorbehalten gewesen, eine solche Beschimpfung auszusprechen. Als Milderungsgrund wollen wir ihm allerdings außergewöhnliche Unkenntnis des deutschen Rechtswesens zuerkennen. Denn sonst müßte er wissen, daß mit der Freiheitsstrafe keineswegs ohne weiteres der Vorwurf des Handelns aus ehrloser Gesinnung ausgesprochen wird. Das gilt allgemein nur für Zuchthausstrafen, für Gefängnisstrafen aber nur dann, wenn es in den Urteilsgründen aus den besonderen Tatumständen gefolgert wird. Die deutschen Preßveteranen aus der Zeit der reaktionären Verfolgung sind nicht durch die Freiheitsstrafen entehrt worden, auch die „Hamburger Nachrichten" können ihrer Ehre keinen Abbruch tun.

Für uns Sozialdemokraten gilt in erhöhtem Maße, was hier ein bürgerliches Blatt ausspricht. Mit der Verurteilung zu einer Gefängnisstrafe ist nie weder im Urteil des Gerichts, noch in dem der Oeffentlichkeit der Begriff des Handelns aus ehrloser Gesinnung verbunden gewesen. Das ist eine ganz neue Erfindung der deutschnationalen Presse, um die offenkundige Brüskierung des öffentlichen Rechtsempfindens durch den Generalstaatsanwalt zu verschleiern.

Das Hamburger Beispiel zeigt den Weg, der gegangen werden muß. Rücksichtslose Säuberung der Gerichte und der Verwaltung von Beamten, die der neuen Ordnung feindlich gegenüberstehen und ihre Amtsstellung dazu benutzen, die Personen und die Einrichtungen der neuen Staatsordnung herabzusetzen. Daß es geht, ist hier bewiesen und die Hamburger Bürgerschaft hat nur selbstverständlich gehandelt, daß sie, unbeirrt von der deutschnationalen Hetze, die Entscheidung des Senats billigte.

Redeverbot für Oberst Xylander. Bei einer am Dienstag abend von der „Vaterländischen Arbeitsgemeinschaft" in Halberstadt veranstalteten Hindenburg-Feier sollte als Festredner Oberst v. Xylander aus München sprechen. Das Auftreten Xylanders wurde jedoch von der Polizeiverwaltung auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten verboten, da seine Rede die verfassungsmäßigen Einrichtungen der Republik gefährden und vielleicht zu Ausschreitungen aufreizen könnte.

Die Politik

Skizze von Otto Pottgießer

Die Laubenkolonie „Heimatfrieden" hat Mitgliederversammlung. Der hintere Raum der Koloniekantine ist dicht besetzt. Steht doch das Erntefest auf der Tagesordnung. Das Freudenfest aller Laubenkolonien!

Der Vorsitzende steht in Positur mit der rechten Hand an der Stuhllehne, die linke an der Glocke auf dem Tisch vor den Versammelten. Er redet:

„. . . Im Gegensatz zu den Vorjahren beabsichtigt der Vorstand, unseren kommenden Veranstaltungen einen tieferen Charakter zu geben. Ich habe mich zum Beispiel mit dem Oberlehrer Lehmann von der . . .ten Oberrealschule in Verbindung gesetzt, der mit Kindern seiner Klasse Volkstänze und ähnliche Sachen aufführen wird — — —"

„. . . . Wa—a—s? — — Nanu heert aber die Jemietlichkeit uff!" — —

„Aber gestatten Sie doch, Herr Reimann, was ist denn da Schlimmes bei?" — — „Na det fehlt ja grade noch, det der reaktizijoneere Herr uff unsere Farm kommt! Noch dazu zu einem Fest." — — „Das müssen Sie aber erst mal auseinandersetzen, was unser Fest, unsere Laubenkolonie mit Reaktion, mit Politik zu tun hat." — — „Kollege Meyer, sind se stille! Solange Sie noch schwarz-weiß-rote Andenken von 1914 oben uff de Fahnenstange aufbewahren, haben Sie keine Ursache, sich großartig — — —"

Da wird die Glocke geschwungen. „Aber bitte, Kollegen, lassen Sie doch die persönlichen Unterhaltungen. Wir befinden uns hier in der ordnungsmäßig einberufenen Mitgliederversammlung und beraten jetzt die Ausgestaltung unseres kommenden Festes. Wünscht dazu jemand das Wort?"

Alle lebhaften Zwischenrufer haben die letzten Worte fast gar nicht gehört. Hinten in einem Winkel sitzt eine Frau. Ihr Gesicht verrät, daß sie viel, viel Kummer und Sorgen im Leben durchgemacht hat. Sie meldet sich zum Wort.

„Frau Lange hat das Wort."

„Kollegen, ich verstehe nicht, daß kein anderer etwas dazu sagt, wo doch sicher mehrere hier sind, die mit dem Vorschlag des Vorstandes nicht einverstanden sind. Ich kann nicht so reden, wie gute Redner, das heißt gut, indem sie gut reden. Ob das aber, was sie reden, gut ist, ist eine andere Sache. Seien Sie also bitte so gut und achten Sie mehr auf das, was ich sage und nicht, wie ich es sage. — Also ich meine, es ist ein Trauerspiel, wenn wir auf diese Art, mit diesen Mitteln, mit diesem Oberlehrer unser Erntefest verschönern wollen. Wir haben in unserer Kolonie Burschen und Mädels, die zum Teil in Jugendorganisationen sind und sehr wohl mit den kleineren Kindern unserer Kolonie Tänze und Spiele einüben können. Ich kann sogar mitteilen, wer sofort dazu bereit wäre. Ich bin erstaunt über die Auffassung, die hier unter uns noch vertreten wird. Vorhin hörte ich die Frage, was denn unser Fest mit Politik und Reaktion zu tun hat. Gerade dazu wollte ich hier reden. Ich möchte doch bitten, wenn zur Verlosung in diesem Jahre wieder bei den Kolonisten Gegenstände gesammelt werden, dann nicht solche Sachen angenommen werden wie im Vorjahre. Ich meine, wenn jemand einen „Hindenburg aus Porzellan" oder Kaffeetöpfe mit den schon genannten schwarz-weiß-roten Fahnen und alle möglichen „Heldenbilder" stiftet, so hat das doch etwas mit Politik zu tun. Gegen solche Politik müssen wir uns wehren und ich möchte bitten, diesmal und in Zukunft darauf zu achten. Wo wir so schon unter diese Verhältnisse zu leiden haben, die durch die Politik der hohen Herren geschaffen wurden, haben wir wahrlich keine Ursache, diese Herrschaften noch zu verlosen. Was sollen denn die Arbeiter, an deren Unterstützung wir doch denken müssen, von uns halten. Was müssen wir selber von uns halten, wenn wir solche Dinge dulden? Ich bitte, meine Ausführungen anzunehmen." —

Während der Worte der Frau war hier und dort wieder Leben in die Versammelten gekommen. Meyer stand erregt und mit den Händen gestikulierend in einer Gruppe und rief immer wieder laut: „Ich lasse mir von keiner Laubenkolonie meine Gesinnung vorschreiben. Unter keinen Umständen — — —"

Der Vorsitzende bemühte sich, einigermaßen Ruhe in die Versammlung zu bekommen und glaubte, der Sache zu dienen, indem er zu der ganzen Streitfrage eine Stellung einnahm, die er in den Worten zusammenfaßte: „Das Interesse unserer Laubenkolonie hat mit Politik nichts zu tun. Mir persönlich ist in der Kolonie ein Patriot ebenso lieb wie ein Nichtpatriot."

Da war's aus! Etliche verließen die Sitzung, da sie noch „Holzhauen", zum „Barbier gehen" oder sonstwelche „entschuldigende" Tätigkeiten ausüben mußten!! Andere fanden sich zu einzelnen Gruppen zusammen, die zum Teil über die Ausführungen der Frau lebhaft diskutierten, während andere wieder sich um den Vorsitzenden scharten und ihm Vorwürfe über sein Verhalten machten. An eine Weiterführung der Versammlung war nicht mehr zu denken. War doch ein Teil der Kolonisten unter allen möglichen Vorwänden schon verschwunden, um sich „neutral" zu verhalten, es mit den Bekannten „nicht zu verderben" und im übrigen die Dinge zu nehmen, wie sie kommen.

So kam es, daß Politik in die Laubenkolonie hineingetragen wurde, worüber einige sogar schimpften!

Der Tagungsraum in der Kantine war mit allen möglichen „Kunst"postkarten, Bildern und Witzen aus Zeitungen tapeziert. Einer der Kolonisten hatte sich aus der Stadt eine Rolle Drahtzaun mitgebracht, die er auf dem Wege zu seinem Stückchen Land einstweilen in dem Versammlungsraum abstellte. Beim Verlassen streifte er mit der Rolle die Wand und riß ein Stück „Tapete" ab. Der Uebeltäter machte sich dabei und flickte den Schönheitsfehler wieder aus. Und zwar sehr sauber und gewissenhaft, nachdem er sich von dem „Inhalt" des abgerissenen Papieres überzeugt hatte. Auf demselben waren folgende Worte zu lesen:

> „Was ist denn Politik so schlimmes, daß die Esel und die Philister solche Furcht davor haben? Nehmt der Sache einmal ihren raffinierten Titel, nennt sie ehrlich: unsere Geschichte, unsere Welt, und alle Scheu davor wird aufhören. Tretet aus Eurer Hütte einen Schritt und Ihr seid mitten in der Politik, mitten in der Welt und ihrer Geschichte. Denn da seht Ihr Polizei, Beamte, Lehrer, da seht Ihr glänzende Karossen mit sechs stolzen Pferden vorüberjagen und da werdet Ihr um eine milde Gabe angebettelt, und da seid Ihr mitten in dem, was Welt und Geschichte heißt, und Ihr könnt keinen Atemzug tun, ohne eine Menge Politik mit herunterzuschlucken. Versteht Ihr nun, warum ich unsere Welt sagte? Weil wir die Politik nicht mehr als etwas Fremdartiges, Fernliegendes, sondern als unser nächstes, größtes, heiligstes Interesse betrachten sollen; weil wir . . . doch genug! Wer mich noch nicht verstanden hat, der reise nach irgendeiner Tyrannei und melde sich als guter Untertan. Dumm genug ist er dazu."
>
> Adolf Glaßbrenner im Jahre 1847.

Diese Stelle in der „Tapete" war jetzt dermaßen auffällig markiert, daß jeder, der den Raum betrat, unbedingt darauf hingewiesen wurde!

Der Mann mit dem Drahtzaun verließ stillvergnügt die Kantine.

Die Kunstschätze der Eremitage in Petersburg. In der Zeitschrift der Sammler veröffentlicht W. v. Bode folgende beruhigende Mitteilung über das Schicksal der berühmten Petersburger Museumsschätze: Ueber das Schicksal der Kunstwerke in der Eremitage seit dem Ausbruch der Revolution werden immer wieder völlig falsche Nachrichten verbreitet. Die herrlichen Schätze sind sämtlich so gut wie unberührt und befinden sich auch längst wieder in der Eremitage. Freilich sind sie im Anfange der Revolution, weil sie in Petersburg stark gefährdet waren, nach Moskau verbracht worden, wo sie namentlich im Kreml monatelang verstaut waren. Nachdem aber die Direktoren der Sammlungen, nach einem Gutachten, das von den Akademien der Wissenschaften und der Künste eingefordert war, meist in ihren Stellungen belassen wurden, sind dank der Energie des jungen neuen Generaldirektors Troinitzky die Kunstwerke wieder

Gegen den Zwischenhandel

Besprechungen im Ernährungsministerium

Der Zwischenhandel, die Hauptstütze der bürgerlichen Parteien, verteuert die Waren. Besonders in der gegenwärtigen Zeit, in der die Konjunkturschwankungen und die Geldentwertung eine feste Preisbildung verhindern, erzielt der Zwischenhandel mühelos riesige Gewinne. Daher die Hetze jener Kreise gegen die Bestrebungen der Gemeinden und aller verantwortlich denkenden Kreise, den volkswirtschaftlich überflüssigen Zwischenhandel auszuschalten.

Die Zustände sind aber jetzt so skandalös geworden, der Zwischengewinn der Händler so riesig, daß selbst die Kreise, die die Händler bisher liebevoll beschützt haben, Abhilfemaßnahmen erwägen. Kürzlich haben im Ernährungsministerium Besprechungen stattgefunden, in denen die Möglichkeit einer engeren geschäftlichen Verbindung zwischen Erzeuger- und Verbraucherorganisationen unter Ausschaltung des Handels erörtert wurden. In diesen Besprechungen wurde berichtet, daß bereits Verhandlungen zwischen den großen landwirtschaftlichen Genossenschaftsorganisationen und den Konsumgenossenschaften stattgefunden haben, die noch weiter fortgesetzt werden sollen. Im allgemeinen war man der Ansicht, daß trotz aller Schwierigkeiten und Bedenken die Vorbedingungen zu dieser Verständigung zwischen Verbraucher- und Erzeugerorganisationen gerade jetzt, wo die wirtschaftliche Lage Deutschlands größte Ersparnis auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens erfordert, günstiger sind als je. Dies treffe insbesondere im Verkehr mit Kartoffeln, mit Vieh, Milch und Milchprodukten zu.

Um die unmittelbaren Geschäftsbeziehungen zwischen Erzeuger- und Verbrauchervereinigungen zu fördern, wollen die Vertreter der Spitzenorganisationen der landwirtschaftlichen und Konsumgenossenschaften erneut auf ihre Unterorganisationen einwirken, damit allseitig der so wichtigen Frage volle Beachtung geschenkt und in der Praxis auch dementsprechend gehandelt werde.

Veränderung im Eisenwirtschaftsbund

Die Zentralarbeitsgemeinschaft ausgeschaltet

Im Reichswirtschaftsministerium bestand die Absicht, Veränderungen der Verordnung über den Eisenwirtschaftsbund vorzunehmen. Auch industrielle Kreise hatten Abänderungsanträge zu der Verordnung an den Volkswirtschaftlichen Ausschuß des Reichstages eingereicht. Jetzt wird gemeldet, daß auf Veranlassung des Deutschen Stahlbundes der Reichswirtschaftsminister im Begriff sei, die von ihm beabsichtigte Veränderung der Verordnung zurückzustellen. Da die Nachricht von einer den industriellen Kreisen sehr nahestehenden Stelle ausgeht, dürfte noch abzuwarten sein, ob ein Einspruch des Deutschen Stahlbundes wirklich genügt, um die Auffassung des Reichswirtschaftsministeriums über gesetzgeberische Notwendigkeiten zu verändern. Die Meldung fügt hinzu, daß auch die von den Industriellen beantragten Abänderungen zurückgezogen werden würden. Aber auch das dürfte wohl kein Anlaß sein, um auch die Regierung zur Unterdrückung ihrer Absichten zu veranlassen.

Diese Dinge werden also noch zu klären sein. Wichtig ist indes eine andere Veränderung, die innerhalb des Eisenwirtschaftsbundes vor sich gehen soll. Insbesondere sollen die Arbeitnehmerorganisationen, die am Reichswirtschaftsbund beteiligt sind, der Deutsche Metallarbeiterverband sowie die Hirsch-Dunckerschen und christlichen Verbände, ihre Mitgliederstellen im Eisenwirtschaftsbund fortan selbständig besetzen dürfen.

Die Besetzung der Mitgliederstellen der Gewerkschaften sollte nach der Verordnung durch die Zentralarbeitsgemeinschaft geschehen. Nach dieser Vorschrift ist bisher nie verfahren worden, weil der Deutsche Metallarbeiterverband der Zentralarbeitsgemeinschaft nicht angehört. Die Vertreter der Gewerkschaften im Eisenwirtschaftsbund wurden darum bisher nach Verabredung mit den Gewerkschaften durch das Reichswirtschaftsministerium ernannt. Nunmehr soll die Ernennung direkt durch die Gewerkschaften erfolgen. Eine entsprechende Aenderung wird in der Verordnung vorgenommen werden, und das bedeutet, daß die Zentralarbeitsgemeinschaft ihre Rolle in diesem Falle ausgespielt hat.

Wir können darin einen Erfolg der Haltung des deutschen Metallarbeiterverbandes zur Frage der Arbeitsgemeinschaften erblicken. Der Nachweis ihrer Ueberflüssigkeit ist hiermit erbracht.

Die Verteuerung des Lebensunterhalts

Wer ist schuld daran?

Die deutschnationale Presse setzt ihr demagogisches Treiben fort, die Schuld für die unheimliche Verteuerung des Lebensunterhalts andern in die Schuhe zu schieben. Sie bringt einen Artikel, in dem die Verteuerung von Gas, Wasser und Elektrizität die neue Gewerbesteuerordnung, die Ankündigungssteuer, die Verteuerung des Zuckers, der Milch, von Margarine, Brot, Fleisch und Kartoffeln sorgsam registriert wird. Der Artikel schließt:

„Fürwahr herrliche Aussichten für den kommenden Winter! Die trostlose Lage haben wir aber nicht zuletzt der herrschenden Mißwirtschaft zu danken, die uns noch zugrunde richten wird. Der 16. Oktober wird zeigen, ob die Bürgerschaft das will.“

Gewiß, herrliche Aussichten! Wer aber trägt die Schuld daran? Daß Gas, Wasser und Elektrizität teurer werden, daß eine Gewerbesteuer und Ankündigungssteuer in Berlin notwendig wird, ist die Folge der Erhöhung aller Produktionskosten. Das aber ist die Folge der Steuerscheu der besitzenden Klassen, die die Finanzen des Reiches zerrüttet hat, die den Wert der Mark von Tag zu Tag mehr herabdrückt, so daß die Preise für den Lebensunterhalt steigen müssen.

Der Zuckerpreis steigt, weil auch hier die Agrarier und die Zuckerindustriellen den freien Handel durchgesetzt haben, der ihnen Riesengewinne bringt, für die die Massen leiden müssen. Der Milchpreis steigt, weil, wie wir bereits nachgewiesen haben, die Agrarier zum Nutznießer der Valutaspekulation geworden sind. Dasselbe ist der Fall bei Margarine, für die ja auch freier Handel besteht. Ebenso ist es bei Brot, Fleisch und Kartoffeln.

Wer aber sind die Rufer für den freien Handel gewesen, der diese Zustände herbeigeführt hat? Ein edler Wettstreit zwischen den Deutschnationalen und den übrigen bürgerlichen Parteien um die Führung in diesem Kampf war entbrannt. Sie alle sind deshalb für diese Zustände verantwortlich, und der Denkzettel am 16. Oktober wird sie belehren müssen, daß die Massen des Volkes sich nicht willenlos zum Spielball der Interessen weniger benutzen lassen.

Aus Giesberts Reich

„Kaiserlich“ ist Trumpf!

Im Reiche des Postministers Giesberts fehlt es nicht an höchst sonderbaren Vorfällen, die beweisen, wie gerade im Reichspostministerium das alte Regiment noch lebendig ist. Ueber einen charakteristischen Fall berichtet der „Vorwärts“. Danach hat das braunschweigische Ministerium beim Reichspostministerium die Forderung gestellt, daß am Gebäude der Oberpostdirektion Braunschweig die dort immer noch prangende Bezeichnung „Kaiserliche Oberpostdirektion“ entfernt werde, widrigenfalls die braunschweigische Staatsregierung von sich aus die Entfernung anordnen würde.

Diese selbstverständliche Forderung wurde vom Reichspostministerium nicht etwa ebenso selbstverständlich erfüllt, sondern man trat in hochnotpeinliche Erwägungen darüber ein, die Oberpostdirektion Braunschweig ganz aufzuheben und sie mit einer anderen Oberpostdirektion zu verbinden. Zur Strafe dafür, daß man sich in Braunschweig keine kaiserliche Oberpostdirektion gefallen läßt, soll den Braunschweigern die Oberpostdirektion überhaupt genommen werden. Ein seltsames Beginnen für ein republikanisches Ministerium.

Keine Entschädigung an die Unternehmer für die mit dem Steuerabzug verbundenen Kosten. Die Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände hatte vor einiger Zeit ein Gesuch an das Reichsfinanzministerium gerichtet, in dem unter Hinweis auf die hohen finanziellen Belastungen, die mit der Durchführung des Steuerabzuges verbunden sind, um eine entsprechende Vergütung gebeten wurde. Das Reichsfinanzministerium hat dieses Gesuch nunmehr ablehnend beschieden, da es mangels einer gesetzlichen Bestimmung nicht in der Lage sei, eine Vergütung zu gewähren.

---

nach Petersburg gebracht und dort wieder aufgestellt worden. In der Galerie ist neben dem alten Direktor Ernst von Liphart der Maler Benois, von dem die Galerie kurz vor dem Kriege die frühe Madonna Leonardos erworben hatte, angestellt worden. Der lästige Aufsichtsrat der Sowjets ist längst beseitigt. Die vor kurzem verbreitete Mitteilung, daß die Sowjets, um der Hungersnot zu steuern, die Kunstschätze der Eremitage für 300 Millionen Goldrubel verkaufen wollten, ist gewiß unrichtig, wenn auch in der einen oder anderen russischen Zeitung in der Verzweiflung über die jetzigen Zustände ein ähnliches Verlangen ausgesprochen sein kann. Die leitenden Männer wissen wohl, wie schwer, zumal in der jetzigen wirtschaftlichen Lage, Käufer zu finden sind, wenn man plötzlich solche Massen kostbarer Kunstwerke auf den Markt bringt, sie wissen, welche Bedeutung diese Sammlungen für Rußland haben, und daß der mögliche Erlös doch die Not nur für ganz kurze Zeit lindern könnte.

Anekdoten von Dante. Der Dichter der Göttlichen Komödie erfreute sich bei seinen Zeitgenossen des Rufs ungewöhnlicher Geistesgegenwart und unfehlbarer Schlagfertigkeit, Eigenschaften, die den reinblütigen Florentiner kennzeichnen. Man schrieb ihm daher auch eine Anzahl von schlagkräftigen Bonmots zu, und wenn man auch billig bezweifeln darf, ob diese wirklich von dem Dichter der Göttlichen Komödie geprägt worden sind, so sind sie doch schon aus dem Grunde der Wiedergabe wert, weil sie ein scharfes Licht auf die Stellung werfen, die die Zeitgenossen Dante zuwiesen. „Messere“, sollen beispielsweise einmal einige Frauen gesagt haben, „es ist wirklich lieb von dir, daß du nur männliche Teufel zu Dienern der Hölle gemacht hast, aber nicht eine einzige Teufelin. Du wolltest ersichtlich damit andeuten, daß wir Frauen nicht entfernt so bösartig sind, wie es die Mehrzahl der Männer Wort haben will.“ — „Die Sache ist die“, soll Dante ohne Zögern erwidert haben, „daß auf Grund uralter Rechte nur die männlichen Teufel in der Hölle Dienst tun dürfen, und daß die Teufelinnen auf der Welt der Lebenden zu bleiben haben, auf daß die Männer statt einer gleich zwei Höllen haben.“ — Eines Tages begegnete der Dichter auf einem Spaziergang einem bildhübschen Mädchen. „Ich bin sicher, daß unsere Stadt kein hübscheres Mädchen als dich aufzuweisen hat.“ bemerkte er galant zu der Schönen. „Das Lob kann ich dir nicht zurückgeben,“ war die unhöfliche Antwort der also Ausgezeichneten. Dante aber parierte die Ungezogenheit mit den boshaften Worten: „Wenigstens lügst du nicht so unverschämt, wie ich es eben getan habe.“

* **Das Optophon.** Wir stehen in einer Hochzeit des Erfinder- und Entdeckertums. Was in Deutschland die Namen Steinach und Einstein, in Indien Bose an Bedeutung für die ganze Welt haben, ist nur ein geringer Teil von zahllosen wesentlichen Entdeckungen, die gemeldet werden. Zu den zahllosen weniger beachteten, aber sicher noch auf ungeahnte Erfolge zustrebenden Erfindungen gehört auch das Optophon, über das in dem Handweiser der Naturfreunde „Kosmos“ mehrfach berichtet wurde. Das Optophon ist ein Apparat, dessen Zweck das Farbenhören ist und der uns dieses auf Grund rein physikalischer Vorgänge ermöglicht. Dieser Apparat läßt jeden Blinden Hell und Dunkel mit dem Ohr klar unterscheiden und nach einiger Zeit sogar ein Buch oder eine Zeitung lesen. Die physikalischen Vorgänge werden dabei dadurch ausgenutzt, daß jeweils ein Buchstabe unter der Einwirkung von Lichtfäden einen Tonwert erzeugt, indem man das bedruckte Blatt über eine fünf Reihen von Löchern umfassende drehbare Scheibe langsam hinwegbewegt, wobei durch ein optisches System die vorüberziehenden schwarzen Buchstaben einen ständigen Wechsel der Belichtung hervorrufen und damit vermittels einer mit der elektrischen Batterie und einem Fernhörer verbundenen Seelenzelle durch den Wechsel der Stromstärke im Hörer eine Reihe von Geräuschen oder Tönen erzeugen, die das Ohr, wenn sie stark genug sind, hören kann. Es ist gelungen, auf diese Weise mit dem Optophon bereits bis zu 25 Wörtern durch Tönevermittlung in einer Minute zu „lesen“. Weitere Verbesserungen werden erwartet.

Georg Schweinfurth, der berühmte Forschungsreisende, der heute noch lebende Pionier und Zeuge der großen Entdeckerzeit der Stanley, Emin Pascha, Livingstone, läßt nach vierzigjähriger Pause wieder ein umfangreiches Reisewerk unter dem Titel „Auf unbetretenen Wegen in Aegypten“ erscheinen. An der Hand verschollener Abhandlungen und Tagebücher schildert er seine Reisen an der Küste des Roten Meeres, die Auffindung einer vollständig erhaltenen römischen Stadt in der Wüste, den Besuch der ältesten Klöster der Christenheit, die Gräberstadt der Begs, den Goldminenbetrieb — mit genauen, bis in die letzten Jahre fortgeführten Daten — und anderes mehr. Eine autobiographische Skizze eröffnet das mit Abbildungen versehene Werk, das im Verlage Hoffmann und Campe erscheinen wird.

Tages-Notizen

Große Volksoper Berlin. Wagners „Siegfried“ am Montag in der „Neuen Welt“. Reißinger (Dtsch. Opernhaus) als Wanderer. Den Mime gibt Henke (Staatsoper). Anfang 6½ Uhr.

Sängerchor „Wedding“. Erstes Konzert Sonntag ½4 Uhr, in der Philharmonie. Leitung: Kapellmeister Th. Heid. Mitwirkende: Felix Lederer-Prina, Gesang; Walter Drwenski, Orgel.

Vier Theater-Vorstellungen für 12 bis 25 Mark veranstaltet der Volkskraft-Bund ab 9. Oktober jeden Sonntag nachmittag um 3½ Uhr im Central-Theater. Zur Aufführung gelangen in je drei Wochen: „Der Verschwender“, „Kabale und Liebe“, „Weh dem, der lügt“ und „Der Meineidbauer“. Spielleitung: Zidel.

E. Salomirskaja wird Sonntag nachmittag im Deutschen Theater ihre Gastspiele fortsetzen. Zur Aufführung gelangt „Das Adelsnest“, dramatisierter Roman von J. Turgenieff.

Veranstaltungen des Individualistenbundes jeden Dienstag 7 bis 10 seit dem 4. Oktober, ebenso Kunstabende und Vortragskurse. Näheres durch Ewald Tscheck, S. 59, Planufer 78 v. I.

Religionsphilosophische Vereinigung. Abends ¼ 8 Uhr Vortrag mit Diskussion im Sophiengymnasium, Weinmeister Str. 16, von Genossen Dr. Hampf über „Gott, Götter und Gottesbeweise“. Am gleichen Orte folgen die Vorträge mit freier Aussprache: 13. Okt. „Das Seelen- und Unsterblichkeitsproblem“, 20 Oktober: „Religionsstifter und Erlösungslehren“. 27. Oktober: Kirchen, Konfessionen und neue Religion“. Der 4-Abendekursus 10 M., Einzelvortrag 3 M.

Tänze. Sascha Leontjew am 8. in den Kammerspielen 11½ Uhr. — Albertine Reich am 9. Theater des Westens, vormittags. — Lore Zella-Schule am 11. im Künstlerhaus, Bellevuestr., 8 Uhr.

Der Streik im Gastwirtsgewerbe

Günstiger Stand des Streiks

Das Kartell der Arbeitnehmer im Gastwirtsgewerbe hielt heute vormittag eine gut besuchte Versammlung ab, in der Bürde einen ausführlichen **Bericht über den Stand des Streiks gab.** Bis jetzt haben 229 Betriebe die Forderungen bewilligt. Der Unternehmerterror der Gastwirte wirkt sich in seiner brutalsten Form aus. Es wurde an die Kaltblütigkeit und Disziplin der Streikenden appelliert, um das provozierende Verhalten der Unternehmer abzuwehren und Exzesse zu vermeiden. Der Hinweis auf die **verlogene bürgerliche Berichterstattung** löste stürmische Protestrufe aus. Nur die sozialistische Presse unterstütze die Bewegung kraftvoll. Nur ihre Berichte seien wahrheitsgetreu. Aus verschiedenen Städten liegen Sympathieerklärungen der Berufskollegen vor. Die **Belegschaft von Adlon hat** 50 000 Mark für die Streikenden gesammelt.

Verschiedene Kartellvertreter der einzelnen Gruppen gaben noch ausführliche Berichte. Wenn die Streikenden nach wie vor geschlossen zusammenstehen und nur der Parole des Verbandes folgen, werden sie des Erfolges sicher sein.

Ein abgeschlagener Ansturm

Beamtendebatten im Sächsischen Landtag

Aus Dresden wird uns geschrieben:

Mit viel Geschrei und großem Tamtam haben die bürgerlichen Parteien in Sachsen die Attacke vorbereitet, die sie nun in der Sondersitzung des Sächsischen Landtages am Dienstag gegen die sächsische Regierung ritten.

Es ist das gemeinsame Bestreben aller bürgerlichen Parteien, zu verhindern, daß der Beamtenkörper mit sozialistischem Geiste durchsetzt wird. Die Bürgerlichen wissen, daß die Besitznahme des Regierungsapparates durch die Vertreter der Arbeiterschaft solange eine Halbheit bleibt, als die ministerielle Tätigkeit weniger Personen nicht unterstützt und ergänzt wird durch Verwaltungsbeamte, die im Sinne der Regierung ihre Pflicht erfüllen. Natürlich wollen die Bürgerlichen eine Festigung, eine Verankerung der Macht der gegenwärtigen Regierung hindern, hoffen sie doch immer noch auf deren Beseitigung und auf die Wiederaufrichtung alter Zustände.

Nachdem von der früheren Regierung zur Demokratisierung der Verwaltung so gut wie nichts geschehen war, die Bürgerlichen sich also trotz der Revolution nicht zu beschweren hatten, sind nun, seit dem Eintritt unserer Genossen in die Regierung, fortschrittliche Maßnahmen ergriffen worden. Nun wackeln die Geheimratsperücken, aber freilich weniger wegen der bisher erfolgten Ernennungen sozialistischer Beamten, — denn deren Zahl ist noch eine ganz geringe — als vielmehr deshalb, weil die Regierung es entgegen der früheren Praxis prinzipiell abgelehnt hat, Beamtenstellen auf Grund des Urteils der höheren Beamten zu besetzen. Die enggeschlossene Kaste der höheren Beamten maßte sich das Recht an, Entscheidungen zu treffen, die nur den gewählten Vertretern der Volksgesamtheit, den Landtagsabgeordneten, zustehen. Mit Recht wehrte sich dagegen die sächsische Regierung. Und es ist nun ein Schauspiel für Götter, mit wieviel Eifer ein gewisser Beamtenklüngel, teils aus verzopftem Berufsegoismus heraus, teils aus hinterhältig reaktionären Motiven gegen die Regierung Sturm läuft. Die bürgerlichen Parteien machen sich um so lieber zu Anwälten dieser engstirnigen Interessenpolitik eines verhältnismäßig kleinen Beamtenkreises, als dessen Politik mit ihren eigenen Wünschen parallel geht.

Oft schon ist auf die Gepflogenheiten des monarchistischen Staats hingewiesen worden, freiheitlich gesinnte Beamte brutal zu maßregeln. Auch darauf, wie rücksichtslos in Kahr-Bayern jeglicher sozialistische Beamteneinschlag bekämpft wurde. Dessen ungeachtet werden die Bürgerlichen nicht müde, über angebliches Unrecht zu zetern, das den Beamten in Sachsen widerfahre. Dies heuchlerische Verhalten aber zeigt nur eins: **wie zäh die Vertreter einer untergehenden Gesellschaftsordnung auch die kleinste Machtposition verteidigen. Wie skrupellos sie dabei in der Auswahl ihrer Kampfmittel verfahren!** Verleumdungen niedrigster Art gehören in Sachsen zum Rüstzeug der Bürgerlichen. Ihr beliebtestes Argument besteht in der Unterstellung, Beamtenernennungen erfolgten ohne Rücksicht auf die Befähigung des Betreffenden. Es ist ziemlich müßig, über Fähigkeiten zur Ausübung eines Beamtenpostens mit denen zu rechten, die seinerzeit eine Beamtenpolitik unterstützten, von der es sprichwörtlich geworden ist, daß bei ihr als voller Ersatz für die Fähigkeit eines Beamten seine strammmonarchistische Gesinnung galt. Gegenwärtig können schon deshalb nur geeignete Personen bei Besetzung vakanter Beamtenstellen in Frage kommen, weil sozialistische Beamte in erhöhtem Maße der Kritik unterliegen. Aber das schöne Wort vom Gevatter Schneider oder Handschuhmacher, die zur Minister- oder Verwaltungstätigkeit nichts taugten, weil sie die in Frage kommenden Aufgaben nicht erlernt hätten, ist anscheinend nicht abgebraucht genug, als daß es nicht immer wieder auftauchte.

So haben die Debatten im Sächsischen Landtag wieder einmal gezeigt, daß die Arbeiterschaft in zäher Energie jeden Fortschritt erkämpfen muß. Der künstlich entfachte Entrüstungsrummel der Bürgerlichen beweist nur, daß die Sozialisten auf dem rechten Wege sind. Und die Verbissenheit der Reaktionäre wird der sozialistischen Regierung ein Ansporn mehr sein, noch konsequenter und energischer im Sinne ihrer bisherigen Politik fortzufahren.

Todesurteil im Tisza-Prozeß

Budapest, 5. Oktober.

Im Tisza-Prozeß wurde heute das Urteil verkündet. Der Gerichtshof hat Keri der Anstiftung zum Morde und Gärtner der Mitschuld an dem Verbrechen des Mordes schuldig befunden. Keri wurde zum Tode, Gärtner zu 14 Jahren Zuchthaus verurteilt. Fennes und Vago wurden freigesprochen.

Der Tisza-Prozeß ist einer der größten Skandale der christlich-nationalen Clique, die gegenwärtig Ungarn beherrscht. Der der Anstiftung zum Morde an dem früheren Ministerpräsidenten dringend verdächtige Stefan Friedrich wurde freigesprochen, da die Hauptbelastungszeugen auf ungarische Art aus der Welt geschafft wurden. Wenn jetzt der Journalist Keri zum Tode verurteilt wird, für dessen Anstiftung zum Morde kein schlüssiger Beweis geliefert werden konnte, so trifft die ungarische Reaktion einen glühenden Demokraten und Republikaner, Intimus des Grafen Karolyi, den sie mit wahnsinnigem Haß verfolgt. Diesem Haß und nicht der Mordanklage, fällt Keri zum Opfer.

Der Beleidigungsprozeß Riebeling-Kahl. Der zweite Strafsenat des Reichsgerichts hat der Revision des Schriftstellers Riebeling, Berlin, welcher wegen öffentlicher Beleidigung des Deutschvolksparteilers, Geheimrat Professor Dr. Kahl zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten verurteilt worden war, stattgegeben. Riebeling wurde der Schutz des § 193 des St.G.B. zugebilligt.

Der unsterbliche Zopf

Die während des Krieges immer fühlbarer werdende Kohlenknappheit hat, so lesen wir in der „D. Allg. Ztg.", nicht nur zur Einschränkung der Straßenbeleuchtung geführt, sondern auch zu einem Verbot der Lichtreklamen auf den Dächern der Häuser usw. Die Lockerung dieser die Beleuchtung einschränkenden Verordnungen ist noch nicht weit genug durchgeführt worden, um die Lichtreklamen in den Abend- und Nachtstunden wieder zu gestatten. Nun beabsichtigt aber das Verkehrsamt der Stadt Berlin die Einführung einer neuen Form von Straßenbahnhaltestellen, die zur leichteren Auffindung in den immerhin noch teilweise recht mangelhaft beleuchteten Straßenzügen besonders beleuchtet werden sollen.

In dieser Frage ist nun eine Entscheidung ergangen, die zwar die Notwendigkeit anerkennt, daß die Haltestellen in den Abendstunden dadurch besonders sichtbar gemacht werden, daß sie als Transparent ausgebildete Aufschriften „Straßenbahnhaltestelle" erhalten, die von innen beleuchtet werden können. Da aber Lichtreklamen nicht zulässig sind, so dürfen die übrigen Felder der Säule nicht transparent sein, trotzdem die Beleuchtung von den gleichen Lichtquellen erfolgt, die die Flächen für „Haltestelle" beleuchten, eine Lichtverschwendung also nicht eintritt, sondern nur eine vermehrte Lichtausnutzung, die geeignet ist, die Haltestelle weithin sichtbar zu machen. Allen Ernstes wird verlangt, die Felder, die Reklameaufschriften tragen, von innen durch Pappe abzudecken.

Man greift sich an den Kopf und weiß nicht, was man dazu sagen soll. Ja, ja, der unsterbliche Zopf! . . .

Das teure Bier

Vom „Verein der Brauereien Berlins und der Umgegend" wird uns geschrieben:

In dem Streit zwischen Brauereien und Gastwirten in Berlin handelt es sich nicht um den Preis, den die Brauereien für ihr Bier ab Brauerei berechnen. Die Brauereien haben bekanntlich den Bierpreis um 80 Pf. auf 3,20 M. je Liter erhöht. Diese Erhöhung ist von den Gastwirten als berechtigt anerkannt. Die Gastwirteorganisationen verlangen nun, daß der Ausschankpreis, den das Publikum zahlen soll, in der untersten Stufe auf 6 M. erhöht wird. Hierdurch würde ein großer Teil der Gastwirte, die bisher zu 4 M. je Liter an das Publikum ausgeschänkt haben, gezwungen, um 2 M. je Liter gegenüber einer Erhöhung von 80 Pf. durch die Brauereien zu erhöhen. Damit ist aber ein Teil der Gastwirte und namentlich derjenige, der die arbeitende Bevölkerung zur Kundschaft hat, nicht einverstanden. Die übrigen Gastwirte wollen nun ihre widerstrebenden Kollegen zwingen, ebenfalls diesen höheren Preis zu nehmen, und verlangen zu diesem Zwecke von den Brauereien, daß diese den Gastwirten, die unter 6 M. verkaufen wollen, so lange kein Bier liefern, bis sie, dadurch gezwungen, ebenfalls den Preis auf 6 M. erhöhen. Ohne die Berechtigung eines Ausschankpreises von 6 M. je Liter für einen großen Teil der Gastwirte bestreiten zu wollen, kann es doch den Brauereien nicht zugemutet werden, angesichts der widerstrebenden Ansichten innerhalb der Gastwirtskreise selbst die Hand zu Zwangsmaßnahmen gegenüber denjenigen Gastwirten zu bieten, die dem Publikum einen billigeren Ausschankpreis erhalten möchten.

Daß die Gastwirte die Erhöhung des Bierpreises, die die Brauereien vorgenommen haben, als berechtigt anerkannt haben, beweist natürlich noch nicht, daß er tatsächlich berechtigt war. Daß die Biederen im übrigen die günstige Gelegenheit beim Schopf nehmen, um nun auch ihrerseits recht dick zu verdienen, überrascht uns nicht. Diejenigen, die die „arbeitende Bevölkerung zur Kundschaft haben", täten es ganz gewiß auch, wenn sie nicht wüßten, daß der Arbeiter bereits jetzt bis weit über die Grenzen seiner Tragfähigkeit belastet ist. Was uns betrifft, so sind wir der Meinung, daß es der Arbeiterschaft ziemlich gleichgültig sein kann, wie der Bierpreis sich gestaltet, wenn sie nach Möglichkeit die Parole: Heraus aus den Kneipen! beherzigt. Das Brauerei- und Gastwirtskapital wird davon allerdings keinen Vorteil haben, wohl aber die Volksgesundheit.

Kleine Anfrage an Postminister Giesberts

Seit August 1914 sind die billigen und zweckmäßigen Brieftelegramme aufgehoben. Wir fragen nun Herrn Giesberts, wann er endlich gedenkt, dieses wichtige Verkehrsmittel wieder einzuführen. — Bei dieser Gelegenheit gleich ein Wort zur sogen. Telephonreform. Der so mittelstandsfreundliche Herr Giesberts hat mit der abermaligen Verteuerung des Telephons ganz besonders hart die kleinen Handel- und Gewerbetreibenden getroffen. Für den Großhandel spielt auch diese Verteuerung gar keine Rolle. Wir wünschen sehr dringend, daß die Sprechgebühr bis zu 100 Gesprächen im Monat auf 10 Pfg., bis zu 200 auf 20 Pfg., bis zu 300 auf 30 Pfg. festgesetzt wird. Es sollte doch mehr praktischer und kaufmännischer Geist im Postministerium Platz greifen.

Die Schulaufsicht in Groß-Berlin. Der Magistrat teilt mit: Mit der Bildung einer Gemeinde Groß-Berlin wurde eine Neuregelung der Schulaufsicht notwendig. Bisher wurde diese in Alt-Berlin und in einigen Vororten durch die Stadtschulinspektoren nebenamtlich ausgeübt. Im Interesse einer einheitlichen Verwaltung wird beabsichtigt, in allen Bezirken der Stadt Stadtschulinspektoren anzustellen und ihnen die Schulaufsicht übertragen zu lassen. Vor der Durchführung dieser Aufgabe werden mit der Schulaufsichtsbehörde Verhandlungen über eine Neueinteilung der Schulkreise gepflogen mit dem Ziel, eine Uebereinstimmung zwischen Schulaufsichtskreisen und Verwaltungsbezirken herbeizuführen.

Die Zuckerversorgungsstelle teilt mit: Die noch im Besitz des Handels befindlichen Restbestände an Zucker sind zu dem bisherigen Preise nach Maßgabe folgender Bestimmungen auszugeben: In erster Reihe ist der Zucker auszugeben für Kinder im ersten und zweiten Lebensjahre, und zwar hat der Kleinhändler gegen Vorzeigung der Kinder-Milchkarten, die durch „AI" oder „AII" gekennzeichnet sind, 1 Pfund Zucker auf jede Karte abzugeben. Die dann noch verbleibenden Bestände sind auf Abschnitt 91 der Hauptzuckerkarte mit je ½ Pfund an die bisher eingetragenen Zuckerkunden auszugeben, soweit der Vorrat reicht.

20. Verwaltungsbezirk (Wirtschaftsamt Reinickendorf). In sämtlichen Fleischverkaufsstellen des Bezirks gelangt in dieser Woche billiges Schweinefleisch zu nachstehenden Preisen zum Verkauf: Rückenfett 18.—, Kotelett und Bauch 17,50, Kamm, Schuft und Schinken ohne Bein 16,50, Kopf und Beine 6 Mark das Pfund.

Das neue Reichskursbuch. Die zum bevorstehenden Fahrplanwechsel auf den deutschen Reichsbahnen vorbereitete Ausgabe des Reichskursbuches wird voraussichtlich zum 26. Oktober herausgegeben werden können. Der Preis für das Kursbuch das bei allen Postanstalten bestellt werden kann, beträgt 38 Mark.

Voraussichtliches Wetter für Berlin und Umgebung am Freitag. Trocken und überwiegend heiter, zeitweise etwas neblig, in den Mittagsstunden ziemlich mild, bei mäßigen südöstlichen Winden.

Gewerkschaftliches

Die reaktionären Kirchengemeinden

Die Berliner Kirchengemeinden, die schon während des letzten Streiks der Friedhofsarbeiter ihr reaktionäres Verhalten kraß zur Schau stellten, machen wieder von sich reden. Sie handeln wohl nach dem biblischen Spruch, daß, wer Knecht ist, Knecht bleiben, sich nicht organisieren soll, und wer es dennoch tut und von seinen verbürgten Rechten Gebrauch macht, die harte Faust der christlichen Nächstenliebe sehr deutlich zu spüren bekommt.

Die freigewerkschaftlichen Organisationen waren den Kirchengemeinden von jeher ein Dorn im Auge. Nach dem Streik der Friedhofsarbeiter im Frühjahr d. J. hielt man die Gelegenheit für günstig, die freigewerkschaftliche Organisation auszuschalten. Man trat an den christlich-nationalen Deutschen Gärtnerverband heran und wollte mit dieser Organisation einen Tarifvertrag abschließen. Daraus wurde zunächst nichts, weil dieser Verband überhaupt keine Mitglieder auf den Friedhöfen hatte. Jedoch wurden die Fäden weiter gesponnen. Mittlerweile ist ein Tarifvertrag mit der christlich-nationalen Organisation abgeschlossen worden, trotzdem diese Organisation auch heute nur eine Minderheit organisiert hat. Mit allen Mitteln wird nun versucht, diesen Tarifvertrag durchzuführen. Nicht nur die Friedhofsinspektoren, sondern auch teilweise die Geistlichen selbst verlangen von den Arbeitern schriftliche Erklärungen, daß der Austritt aus der freigewerkschaftlichen Organisation erfolgt sei. Gleichzeitig sollen sich die Arbeiter verpflichten, den abgeschlossenen Tarifvertrag anzuerkennen. Auf dem Georgenfriedhof legte man den Arbeitern einen Vereinbarungsentwurf zur Unterschrift vor, welcher folgenden Passus enthielt:

„Hiermit erkläre ich mich einverstanden, daß ich als Arbeiter auf einem der drei Friedhöfe der St. Georgen-Kirchengemeinde nur unter der Bedingung eingestellt bin, daß ich keinem Verbande angehöre und auch keinem beitrete."

Die Kirchhofskommission von St. Golgatha, Gnaden und St. Johannis Ev. ließ sich nach ihrer eigenen Angabe von den Friedhofsarbeitern eidesstattliche Versicherungen abgeben, daß der Austritt aus der freigewerkschaftlichen Organisation erfolgt ist. Dem Druck der Verhältnisse gehorchend, haben sich viele Arbeiter veranlaßt gesehen, die verlangte Unterschrift zu leisten. Jedoch beauftragte ein Teil der Arbeiter den Verband der Gärtner und Gärtnereiarbeiter, Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß wegen Abschluß eines Tarifvertrages zu führen. Hier operierten die Vertreter der Kirchengemeinden mit den erpreßten Unterschriften. Durch Beschluß des Schlichtungsausschusses wurden die Kirchengemeinden verpflichtet, Verhandlungen mit der beschwerdeführenden Organisation zu führen, allerdings mit der Maßgabe, daß die Organisation den Nachweis zu erbringen hat, daß ein Teil der Arbeiter der Organisation angehört. Nach diesem Beschluß wurde ein noch stärkerer Druck wie bisher von seiten der Kirchengemeinden zur Erlangung der Unterschriften ausgeübt. Das uns zugesandte Schriftstück erbringt noch diverse Angaben verschiedener Gemeinden und Pfarrer, die ob ihres Tuns im bengalischen Lichte erscheinen.

Eine erbärmliche Rolle bei diesen Vorgängen spielt der christlich-nationale Gärtnerverband, der den Kirchengemeinden Handlangerdienste leistet.

Wir behalten uns vor, die weiteren Vorgänge auf den Friedhöfen der Oeffentlichkeit zu unterbreiten. Da jedoch auch freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter der christlichen Kirche angehören, ist es Pflicht der Organisationen, zu den skandalösen Vorgängen auf den Friedhöfen Stellung zu nehmen.

Zentralverband der Hausangestellten Deutschlands. Heute, Donnerstag, abends 7½ Uhr, große öffentliche Versammlung in den Spichernsälen, Spichernstr. 3. Tagesordnung: „Welche Nachteile und Gefahren enthält das neue Hausangestelltengesetz für alle Hausangestellten, Wasch- und Reinmachefrauen?" Genossen, macht Euren in Haushaltungen tätigen Kindern den Besuch dieser Versammlung zur Pflicht!

AfA-Funktionäre der Metallindustrie!

Freitag, den 7. Oktober 1921, abends 7 Uhr, findet in der Brauerei „Patzenhofer", Großer Saal, Berlin, Fidicinstr. 2-3, eine Versammlung aller Funktionäre der Metallindustrie, die in AfA-Verbänden organisiert sind, statt. Thema: Der gegenwärtige Stand der Tarifverhandlungen. — Da wichtige Beschlüsse zu fassen sind, ist das Erscheinen sämtlicher AfA-Funktionäre unbedingt Pflicht.

AfA-Bund.

„Keiner Organisation dienstbar"

Aus Gröners Reich.

Seit kurzem erscheint ein überneutrales „Deutsches Beamtenblatt", das für folgende Prinzipien wöchentlich einmal die Feder scharf spitzt und tief in die Tinte greift: „Keiner Organisation dienstbar! Für neuen Aufstieg der Beamtenschaft zum verlorengegangenen Mittelstand!"

Im Text erfahren wir u. a., daß der Reichsverkehrsminister die „Zweifel beseitigte", ob die abgeschafften Orden und Ehrenzeichen in Form von Schnüren oder dergl. noch verliehen werden können. Er entschied, daß Uniformabzeichen zugelassen und besondere Besitzzeugnisse nicht mehr ausgestellt werden.

Das Blatt scheint also so eine Art Beamtenhofblatt zu werden. Wir bedauern die armen Leser, die sich solche Kost zulegen

Daß Herr Gröner sich auch noch mit eitlen Maskeradescherzen zu beschäftigen hat und Abzeichenedikte fällt, ist immerhin erstaunlich. Sollte dies wohl ein Grund sein, daß deshalb soviel Klagen über sein Ressort fortwährend laut werden. Weniger Mummenschanz und mehr — Lohn wäre allen Eisenbahnern lieber, bis auf die paar Leute, deren teutonische Heldenbrust mit verzierten Blechschildern behängt sein muß.

Bei dieser Gelegenheit wollen wir noch auf die Klagen der Bahnbeamten aufmerksam machen, die statt der erhofften Beschaffungszulage eine — Dienststunde mehr bekamen. Damit diese Stunde auch gut ausgenützt wird, werden z. B. in der Eisenbahndirektion Altona täglich rund 100 Nummern der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" verteilt. Gratis natürlich! Tausende Exemplare dieses Stinnesorgans werden in den Verwaltungen des Bahnwesens verteilt.

Billigt Gröner diese geistige Minierarbeit der Stinnesblätter? Wo bleiben hier die Erlasse und Verfügungen, wie sie prompt bei Achselklappenfragen erscheinen?

Töpfer. Die Verhandlungen mit den Unternehmern sind beendet. Die beteiligten Organisationen der Unternehmer und der Arbeiter haben den Abmachungen zugestimmt. Für die Innungsbezirke Berlin, Spandau, Cöpenick und Steglitz-Lichterfelde wird ein Mindeststundenlohn von 10.— Mk. gezahlt; der Teuerungszuschlag bei Akkordarbeiten beträgt 750 Proz. Für die Innungsbezirke Potsdam, Alt-Landsberg und Königswusterhausen werden 8 Proz. weniger gezahlt; in diesen Bezirken ist der Stundenlohn nur 9,20 Mk. und die Teuerungszulage bei Akkordarbeiten 690 Proz. Bei schwer zu verarbeitendem Schmelzkachelmaterial kann durch die Schlichtungskommission der Preis der ½-Kachel erhöht werden, resp. es kann in Lohn gearbeitet werden; in diesen Fällen muß zur Entscheidung das Verbandsbureau benachrichtigt werden. Jeder Kollege ist nach den gesetzlichen Verfügungen verpflichtet, von jetzt ab nur bei verglasten Fenstern zu arbeiten. Zuwiderhandlungen ziehen den Ausschluß aus der Organisation nach sich.

Parteiveranstaltungen

Donnerstag, 6. Oktober

13. Verwaltungsbezirk Tempelhof, Mariendorf, Marienfelde, Lichtenrade. Die Sitzung der Bildungskommission des Verwaltungsbezirkes findet nicht im Rathaus sondern um 7 Uhr im Polizeidienstgebäude, Zimmer 10, statt.

Freitag, 7. Oktober

1. Distrikt (Berlin-Mitte). Funktionärkonferenz abends 7 Uhr bei Baum, Stallschreiber Straße 47.

3. Distrikt. Verwaltungsbezirk Berlin-Mitte. Funktionärkonferenz bei Dams, Schlegelstr. 9, abends 7 Uhr.

11. Distrikt. Abteilungsführer, Plakate zur Frauenversammlung beim Genossen Scheibe abholen.

15. Distrikt. Abends 8 Uhr pünktlich Vorstandssitzung bei Gallas, Bernauerstraße 30.

38. Distrikt. Bildungskommissionssitzung bei Lier, Naunynstraße 9, abends ½8 Uhr.

Vereinskalender

Donnerstag, 6. Oktober

Zentralverband der Angestellten. Damen: Mitgliederversammlung 7½ Uhr, Verbandslokal, Belle-Alliancestr. 7-10. — Metall: Funktionärversammlung 7 Uhr, Haverlands-Festsäle, Neue Friedrichstr. 35. — Hüte und Mützen: Mitgliederversammlung 6½ Uhr, Haverlands Festsäle, Neue Friedrichstr. 35.

Freitag, 7. Oktober

Internationaler Bund der Kriegsbeschädigten, Ortsgruppe Neukölln. Generalversammlung in der Schulaula des Kaiser-Friedrich-Realgymnasiums, Kaiser-Friedrichstr. 208.

Sozialistische Proletarier-Jugend Charlottenburg. Abends 7 Uhr Jugendheim Bismarckstr. 40, vorn 1.

Sozialistische Proletarierjugend. Osten. Alle Kleberkolonnen 5 Uhr bei Dietrich, Rominterner Str.

Turnverein „Fichte". 3. Frauenabteilung. Abends 8 Uhr Jahresversammlung bei Mechler, Boxhagener Str. 114.

Verantwortlich für Politik und Feuilleton: Leo Liebschütz, Berlin-Friedenau; für Kommunalpolitik, Lokales und Gewerkschaftliches: B. Rudner, Berlin; für den Inseratenteil und geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Kometzner, Charlottenburg. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin C. 2, Breite Straße 8-9.

Strindberg

Ausgewählte Romane

1. Das rote Zimmer
2. Die Leute auf Hemsö
3. Am offenen Meer
4. Die gotischen Zimmer
5. Schwarze Fahnen

5 Bände **72 Mk.** Gebunden

Buchhandlung „Freiheit"

Berlin C 2, Breite Str. 8-9

Auch in allen Speditionen

Botenfrauen sofort gesucht

Spedition Krüger

Neukölln, Emser Straße 32

Rauchtabak

Pfund 18 Mark

Holländer . . . 20 M.
Schwarz. Krausen 22 M.
Portoriko . . . 23 M.
Gold Shag . . . 27 M.

Rund Gr. Hamburger Straße 1. I

Gold- Silber- Platin- Bruch

kauft

Silber-Zentrale

Gotzkowsky-Straße 13

KOGNAK

Reiner Weinbrand M. 42.00
Alteach (verbess.) 44% 50.00
Stansdorfer 32% 40.00

Restaurateure

Weinbrand Liter M. 45.00. Sämtliche andere Spirituosen, Weißwein, Rotwein, Sekt billig. Zigaretten, Zigarren, Tabak zu Fabrikpreisen.

Schlaraffia

Berlin

Münzstr. 2, Turmstr. 80
Potsdamer Straße 26 b,
Weißenburger Straße Ecke Fransecky.str.

Annahme in allen Speditionen des Verlages — Geschäftsstelle Berlin C2 Breite Straße 8-9

Kleine Anzeigen

Das Überschriftswort 2.— M., jedes weitere Wort im Text 1.50 M. nur's Stellengesuche: Überschriftswort 1.50, jed. weitere Wort i. Text 1.— M.

Verkäufe

Billige Bettwäsche 8.—8./10. Eröffnungsverkauf zu staunend billigen Vorzugspreisen. Deckbettbezüge 50.—, Kissen 17.50, Laken 28.—, federdichte Inletts 102.—, Handtücher 8.50—130 cm, Linon 26.50. Ein großer Posten prima reinleinen Bettlaken 75.—, Tischtücher 42.—, Wäschestoffe, bunte Bezüge. Fabrikpreise. Riesige Auswahl, reelle Bedienung. Gelegenheit ausnützen! Berliner Bettwäschefabrik, Chausseestraße achtundachtzig, Haltestelle Liesenstr. Größte Spezialfabrik mit Detailverkauf. Geöffnet bis 7. Fahrtvergütung.

Gummimäntel, Lodenmäntel. Sport- Berufskleidung verkaufen billigst Bonin & Pasche, Beuthstr. 4, am Spittelmarkt. Preisliste auf Wunsch!

Sibirischer Kreuzfuchs, selten schön, 375, außerdem prachtvoller Silberfuchs u. Blaufuchs billig verkäuflich. Goldmann, Alexandrinenstraße 44, II. Ecke Kommandantenstr.

Graufuchs 500.—, seltenschönesExemplar, außerdem sibirischer Kreuzfuchs 450.—. Tiptop, Turmstr. 35.

Anzüge 240.—, beste Zutaten verarbeitet, Hosen, Schlüpfer, elegante Damenmäntel. Änderungen kostenlos. Alles spottbillig bei Marquart, Berlin, Marienburger Str. 32, Quergeb. 2 Treppen.

Halbumsonst! Kreuzfüchse 90.— an, Rotfüchse 70.—, Fabelfüchse, Alaskafüchse, sämtliche Pelzwaren zu Schleuderpreisen. Pelzvertrieb Kottbuser Damm 2, neben Jandorf.

Einzelräder, Leiterwagen, Kastenwagen, Rungewagen, Magazinkarren billigst. Fabrik Dresdener Str. 55.

Grünau. Grünau. Herren-Anzüge nach Maß von 795.— an. Blaue Anzüge 900.— an. Große Auswahl in Ulstern, Paletots und Cutaways. Köhn & Schmidt, Grünau, Friedrichstr. 27 a. I.

Leihhaus Friedrichstraße 2 (Hallesches Tor) verkauft spottbillig Herrenanzüge, Cutaways, Ulster, Schlüpfer, Hosen, Kreuzfüchse, Silberfüchse, Alaskafüchse. Keine Lombardware.

Kinderwagen, gut erhalten, Damenstiefel, Größe 36, verk. Lüddemann, Markgrafenstr. 22.

Kreuzfüchse 85.—. Sämtliche Pelzarten. Hälfte herabgesetzte Sommerpreise, entzückende Damenmäntel. Keine Lombardware. Leihhaus Rosenthaler Tor, Linienstraße 203/4, Ecke Rosenthaler Straße.

Anzüge 250.—, Gummimäntel 265.—, Hosen 45.—, Cutaways, Gehrockanzüge, Ulster, Paletots, Raglans staunend billig, entzückende Damenmäntel. Friedensstoffe, Keine Lombardware. Leihhaus Rosenthaler Tor, Linienstraße 203-204, Ecke Rosenthaler Straße.

Kreuzfüchse! 150.—. Zobelfüchse! Blaufüchse! Silberfüchse! Seltene Gelegenheiten! Sensations-Sommerpreise! Anzüge! Hosen! Uhren! Goldwaren! Spottpreise! (Keine Versatzware.) Fahrvergütung! Pfandleihhaus Schönhauser Allee 115 (Ringbahnhof-Hochbahnhof).

Bilder, Kunstblätter, Wandschmuck mit und ohne Rahmen kauft man in der Buchhandlung „Freiheit", Breite Straße 8/9.

Möbel

Kleiderschränke, Vertikow, englische Bettstellen, Sofas, Ausziehtische, Stühle, Sofaumbaue, Büfetts, Schreibtische, Bücherschränke, ganze Schlafzimmer, Wohnzimmer, Küchen außergewöhnlich billig. Möbelhaus Kamerling, Kastanienallee 54 (Ecke Weinbergsweg).

Chaiselongues 210.— bis 575.—. Auflagematratzen, Patentmatratzen 116.—. Walter, Stargarder Straße achtzehn.

Rehfeld, Badstraße 34. Moderne Küchen, 1 a Lackfarbe herrliche Verglasung, 435.—. Schlafzimmer Eiche, weiß und Nußbaum imit., 2950 Mark. Stube und Küche, 14 Teile, 2200 M. Seltene Gelegenheitskäufe, auch gebraucht. Versand nach außerhalb. Hausnummer achten.

Nußbaum, 1 Trumeau, 2 Tische, 8 Stühle, 1 Bücheretagere, 1 Diplomat; von 5—8 und Sonntags. Wilmersdorf, Gieselerstr. 22, Portier.

Chaiselongues 100.—, Chaiselongue decke 75.—, Metallbetten 160.—, Kinderbrahtbett. Meiche, Augustastraße 32a, Quab.

Einrichtungen äußerst billig. Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Küchen, Sofas, Ruhebetten, Einzelmöbel. Kerkau, Petersburger Str. 41. Zahlungserleichterung.

Küchen, moderne, mit u. ohne Anrichte, lackiert, lasiert, roh, jetzt von 350 M. ab. Riesenauswahl. Küchenmöbelfabrik Himmel, Lothringer Straße 22 (Schönhauser Tor).

Kaufgesuche

Schellack, Prim. Firma nimmt sucht Farbenhaus Arnz Königstr. 87. Königst. 3081.

Kohoschi, Goldschmied kauft zu günstigen Preisen Platin, Gold-, Silberbruch, unmodernen Schmuck, Brillanten, Zahngebisse, Brennstifte. Eigene Verwertung. Goldwaren-Fabrik, Brunnenstraße 168.

Prim. Schellack, Malerartikel kauft Krüger, Elisabethstraße 17.

Werkzeuge und Maschinen

Spiralbohrer, Schmirgelleinen, Feilen, Straußberger Straße 44.

Verschiedenes

Sprechapparate leihweise, moderne gute Hausmusik für alle Festlichkeiten billigst. Hin- u. Rücktransport durch mich. W. Sieg, Boppstr. 1. Telephon Moritzplatz 16578.

Elternbeiräte! Richtlinien für eure Tätigkeit findet ihr in der Schrift von Dr. Kurt Kersten-Löwenstein, „Der Elternbeirat" (3.50 Mk.) Buchhandlung „Freiheit" Breite Str. 8-9.

Arbeitsmarkt

Händler gesucht für den Vertrieb aktueller Broschüren. Buchhandlung „Freiheit", Breite Straße 8/9.